

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling, Stephan Gamm,
Ralf Niedmers, Dennis Thering, Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU)
und Fraktion**

Betr.: Förderprogramm für Baumneupflanzungen auf privatem Grund

15.389 – das ist die Zahl der Bäume auf Privatgrund, die seit 2015 mindestens verloren gingen. Dabei sind illegale Fällungen oder Fällgenehmigungen, die mehrere Bäume umfassen, nicht einmal berücksichtigt. Neben dem nicht spezifisch in Stückzahlen messbaren Waldverlust stellen den größten Posten am Hamburger Baumdefizit die Bäume auf privatem Grund und Boden dar.

24.196 gefällte Bäume wurden unter Rot-Grün seit 2015 nachweislich insgesamt nicht nachgepflanzt. Allein im Jahr 2021 wurden nachweislich 6.509 gefällte Bäume nicht nachgepflanzt.

Dies ist nicht nur ein Armutszeugnis für unsere Freie und Hansestadt Hamburg, die dringend wasserspeichernde und die Umgebung abkühlende Bäume benötigt, um Extremwetterereignisse abzufedern und so die Hamburgerinnen und Hamburger sowie private und öffentliche Gegenstände zu schützen. Es ist auch unverständlich, dass die BUKEA 13.764.000 Euro der für Klimaschutz vorgesehenen Mittel nicht abgerufen hat (Drs. 22/8498).

Diverse Städte und Gemeinden haben Förderprogramme für Baumpflanzungen auf privatem Grund aufgesetzt, um den Auswirkungen des Klimawandels mit Aufbäumung zu begegnen. So bezuschusst der Kreis Pinneberg private Pflanzungen heimischer und/oder besonders bienenfreundlicher Bäume mit bis zu 100 Euro. Die Gemeinde Neubiberg (Bayern) erstattet bis zu 50 Prozent der angefallenen Kosten – bei Laubbäumen bis zu 200 Euro je Baum. In Lübeck gibt es für pflanzwillige Bürgerinnen und Bürger bis zu 150 Euro pro Baum.

Die Stadt Saarlouis sorgt sogar für die vollkommen kostenfreie Lieferung und Pflanzung von hochstämmigen Laubbäumen in Vorgärten und in Straßennähe. Auf Anfrage teilt der Senat mit, dass ein derartiger Ansatz bisher nicht geplant ist.

So ein Ansatz stünde aber auch Hamburg gut zu Gesicht. Schließlich gilt es, ein erhebliches Baumdefizit aufzuholen. Bedacht werden muss zudem, dass sich noch viele Bäume an den Straßen, in Parks und auf privatem Grund den klimatischen Veränderungen nicht schnell genug anpassen und absterben werden. Grundstückseigentümer sind angesichts hoher Preise für die Neuanpflanzung und Pflege von Bäumen eher geneigt, Ausgleichszahlungen an die Stadt zu leisten als selbst nachzupflanzen.

Die CDU-Fraktion fordert vom Senat daher, Baumpflanzungen in Vorgärten oder auf Grünflächen in der Nähe von Mehrfamilienhäusern zu fördern. Jede Bürgerin und jeder Bürger mit Grundeigentum soll finanziell in die Lage versetzt werden, einen oder mehrere Bäume pflanzen zu können. Die Stadt Hamburg sollte dabei unbürokratisch, nach Saarlouiser Vorbild, die Lieferung und Pflanzung selbst in die Hand nehmen. Die Pflege und Verpflichtung zur Einhaltung der Baumschutzverordnung ist der Teil der Vereinbarung, den die Bürgerinnen und Bürger einbringen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Initiierung eines Förderprogrammes zu prüfen, das Neupflanzungen von heimischen Laubbäumen auf privatem Grund und Boden zum Ziel hat;
2. zu prüfen, ob ähnlich wie im Saarlouiser Projekt namens „Hausbäume für Saarlouis“ beispielsweise das Bundesministerium des Innern und für Heimat oder das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz das potenzielle Förderprogramm (mit-)finanzieren würden;
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 entsprechend zu berichten.